

Die Schule der Zukunft – gemeinsam Lernen und Leben

Bildungspolitische Positionen der Fraktion DIE LINKE

1. Unsere Grundsätze

Die Schule muss sich am Kind orientieren, nicht das Kind an der Schule. Jede und jeder ist einzigartig und in besonderer Weise begabt. Daher muss die Schule der Zukunft individuelles Lernen und eine altersgerechte Förderung gewährleisten. Die zentrale Frage lautet demnach: Was müssen wir tun, damit jedes Kind, jeder junge Mensch optimal lernen kann. Uns kommt es darauf an, dass das Kind im Mittelpunkt steht und Bildung zum Ziel führt.

Zum Lernen gehört nicht nur Wissen als Vermittlung von Fakten, Formeln und Zusammenhängen, sondern auch der Erwerb sozialer Fähigkeiten für einen verantwortlichen Umgang mit den Mitmenschen und der Umwelt.

Das frühe „Ausortieren“ schon nach der Grundschulzeit führt zu zahlreichen individuellen Fehlentscheidungen und verstärkt soziale Ungleichheiten. Es gilt, das Prinzip der Auslese durch das Prinzip gezielter individueller Förderung abzulösen. Gemeinsam lernt man besser – das hilft den Starken und den Schwachen

Schule muss sich künftig nicht nur nach den Abschlüssen ausrichten, sondern stärker auf die „Anschlussfähigkeit“ achten: Wie soll und kann es nach der Grundschule weitergehen, wie nach der Schullaufbahn im weiterführenden Bereich? Wie kann der Einstieg in eine qualifizierte Berufsausbildung gesichert werden?

2. Politische Fehlentscheidungen korrigieren

Den genannten Zielsetzungen von Bildung und Schule stehen eine Reihe von hemmenden Faktoren und politischen Fehlentscheidungen entgegen, die eine gerechtere, am Kind orientierte schulische Bildung verhindern.

Die demographische Entwicklung bringt rückläufige Schülerzahlen mit sich. Durch politische Fehlentscheidungen hat dies im letzten Jahrzehnt zu einer „Schulschließungswelle“ geführt. Viele Gemeinden und Ortsteile haben ihre Schule verloren. Die Kinder wurden mit längeren Fahrtwegen und die Eltern mit höheren Kosten belastet. Immer neue bildungspolitische Experimente, Flickschusterei und Ankündigungen täuschen nicht über eine erfolglose Politik hinweg: ein gescheitertes G8-Experiment auf dem Rücken von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrern, Oberstufengymnasien zu Lasten von Berufsschule und Gesamtschule, zu große Klassen, zu wenige Lehrerinnen und Lehrer und viel zu viel Unterrichtsausfall – bei dieser Bilanz kann und darf es nicht bleiben.

Viele Eltern fürchten, dass eine erneute Schulreform zu Lasten ihrer Kinder gehen wird. Zudem wird Bildungsgerechtigkeit immer stärker von den finanziellen Möglichkeiten der Familien bestimmt. Im Saarland wird Bildung weitgehend über private Gebühren bezahlt: teure Betreuungsplätze in der Kita, Schulbuchgebühren, hohe Ausgaben für Nachhilfe im G 8, Studiengebühren für Langzeit- und Zweitstudium. Gebühren sind jedoch Hürden für Bildungsteilhabe - viel zu viele Bildungschancen werden damit zunichte gemacht. Das gilt um so mehr für Kinder mit Migrationshintergrund oder mit Behinderungen und Beeinträchtigungen unterschiedlichster Art. Das ist schädlich für den Einzelnen und für die Gesellschaft insgesamt.

3. Was wir wollen – Schritte auf den Weg zur Schule der Zukunft

Wir wollen eine gerechtere und nachhaltigere Bildungspolitik. Mit einem Bündel kurzfristig machbarer, mittelfristig erreichbarer und langfristig anzustrebender Maßnahmen wollen wir den drängenden bildungspolitischen Herausforderungen begegnen. Um einen Bildungserfolg zu erzielen, müssen verbindliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehört die konsequente Verringerung der Klassengrößen ebenso wie die Erhöhung der Zahl der Lehrkräfte und die Einführung echter Ganztagschulen.

Kurzfristig ist machbar:

- **Eine Offensive für kleinere Klassen an allen Schulen**

Bildungsminister Kessler monierte noch als GEW-Vorsitzender zu Beginn des laufenden Schuljahres die „nach wie vor übergroßen Klassen an Gymnasien und Gesamtschulen, die mit 27 bis 28 Schüler pro Klasse bundesweit negative Spitzenwerte erreichen“. Aber auch an den Erweiterten Realschulen sind 35 Schüler in der 7. und 8. Klasse keine Ausnahme – ein großes „Lern-Hindernis“ für viele Schülerinnen und Schüler. Selbst der Klassenteiler für Grundschulen bleibt trotz gegenteiliger Ankündigungen unverändert – ausgerechnet in der Schule, die unverzichtbares Fundament für die Bildungslaufbahn der Kinder ist.

Um kleinere Klassen an allen Schulen zu schaffen, fordern wir:

- die sukzessive Absenkung des Klassenteilers für alle Schulformen zur deutlichen Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation;
- die Erhaltung von Schulstandorten durch Zulassung zeitlich begrenzter unterfrequentierter Klassen;
- Priorität für soziale Brennpunkte: kleinere Klassen unter Berücksichtigung schwieriger Verhältnisse bei Schulen in Ballungsräumen
- die Verbesserung der individuellen Förderung in kleinen Lerngruppen, d.h. mehr Chancengleichheit insbesondere für Kinder aus bildungsarmen Verhältnissen, für Kinder mit Migrationshintergrund etc.
- die Nutzung aller Möglichkeiten des jahrgangsübergreifenden Unterrichts.

Mittelfristig muss erreichbar sein:

- **Mehr Lehrerinnen und Lehrer an allen Schulformen – nachhaltige Personalplanung statt Stellenstreichungen**

Der Landeshaushalt muss ein klares Signal zur Einstellung von Lehrkräften in allen Schulformen setzen, verbunden mit einer „Lehrerfeuerwehr“, die diesen Namen auch verdient. In keiner Schulform ist eine Streichung von Lehrerstellen zu verantworten – damit folgen wir dem früheren Credo des heutigen Bildungsministers. Um den Bedarf an Lehrkräften zu decken und strukturellen Lehrermangel zu beseitigen, sind zusätzliche Lehrerstellen in allen Schulformen notwendig und Stellenstreichungen oder -verschiebungen zu vermeiden. Nur so werden kleinere Klassen möglich und die Schüler-Lehrer-Relation verbessert.

An Grundschulen:

Gerade im Grundschulbereich steigt die befristete Beschäftigung an, es gibt kaum Perspektiven für Nachwuchskräfte und keine zusätzlichen Stellen zur Umsetzung der so genannten „Kleinere-Klassen-Garantie“. Eine Verbesserung im pädagogischen Bereich ist keinesfalls sichtbar. Weiterhin fehlen die personellen Voraussetzungen zur optimierten Verzahnung von Kindergarten und Grundschule. Vor allem im Grundschulbereich ist eine Stellenaufstockung notwendig, um Klassengrößen und Unterrichtsverpflichtung zu senken, um befristete Verträge durch ordentliche Planstellen zu ersetzen und um eine genügend große mobile Lehrerreserve zu erhalten.

An Förderschulen:

Wir wollen die Integration von Schülern mit Behinderung an Regelschulen ausbauen – auch vor dem Hintergrund der Umsetzung der UN-Konvention. Förderunterricht findet an vielen Grundschulen gar nicht mehr statt, die Schülerzahlen an Förderschulen steigen. Die Zahl der Förderlehrkräfte muss daher entsprechend erhöht werden. Zur Gewährleistung von ausreichenden Sprachfördermaßnahmen schon im Kindergarten ist das Angebot an ausgebildeten Sprachheillehrkräften auszuweiten.

An Gesamtschulen, Erweiterten Realschulen und Gymnasien:

Angesichts der Tatsache, dass immer noch an vielen Schulen permanent Unterricht ausfällt, können weder Eltern noch Schulen Stellenstreichungen nachvollziehen. Der Bedarf ist nach wie vor groß. Ein Verbleiben der Lehrerstellen „im System“ ist dringend geboten. Verschiebungen zu Lasten einzelner Schulformen sind das falsche Signal. Auch muss der unrühmliche Trend aufgehalten werden, zunehmend befristete Arbeitsverträge statt fester Planstellen für Lehrkräfte anzubieten. Nachwuchskräfte brauchen Zukunftsperspektiven, sonst ist der Abwanderung Tür und Tor geöffnet.

An beruflichen Schulen:

Seit Jahren sind die Beruflichen Schulen das Stiefkind der Schulpolitik. Struktureller Lehrermangel, verbunden mit massivem Unterrichtsausfall, kann nicht weiter hingenommen werden. Vor allem in den allgemeinbildenden Fächern, in Fremdsprachen, Religion und Sport fallen laut Verbänden im Schnitt wöchentlich 1800 Unterrichtsstunden aus, weil die Schülerzahl seit Jahren ansteigt und kaum zusätzliche

Stellen geschaffen wurden. Eine Trendwende ist notwendig. Dazu gehört eine spürbare Erhöhung der Stellen an den Schulen, aber auch an den Ausbildungsseminaren.

- **Unterstützungssysteme mit Schulsozialarbeitern und Schulpsychologen**

Diese sollen an allen Schulen fest installiert und funktionsfähig sein.

- **Echte Ganztagschulen als zentraler Beitrag für bessere und gerechtere Bildung**

Bei den Ganztagschulen besteht im Saarland Nachholbedarf. Ganztagschulen bieten bessere Rahmenbedingungen für den „Lebensraum Schule“, bessere Möglichkeiten, den Unterricht auf Vor- und Nachmittag zu verteilen, den Schulalltag besser zu rhythmisieren und Hausaufgabenbetreuung in der Schule zu leisten statt in der Nachhilfe. Mit Etiketten wie freiwillige Ganztagschule und Ganztagsklassen wird derzeit bei der Ganztagsbetreuung auf Verpackungen gesetzt, in denen „Ganztagschule“ lediglich drauf steht, aber nicht drin steckt. Wir fordern die „Echte Ganztagschule mit pädagogischem Konzept“ flächendeckend, bedarfsgerecht und wohnortnah.

- **Lernmittelfreiheit statt Schulbuchgebühren**

Das derzeitige gebührenpflichtige Ausleihsystem zeichnet sich durch enormen Verwaltungsaufwand und ständig steigende Schulbuchgebühren aus. Viel zu viel Geld wird in die Bürokratie des Ausleihsystems gesteckt – Geld, das nicht bei den Schulkindern ankommt. Das Ziel einer wirklichen finanziellen Entlastung von Familien wird damit nicht erreicht. Um Armut wirksam zu bekämpfen, müssen die Schulbücher an allen saarländischen Schulen kostenfrei ausgeliehen werden.

- **Verbesserung der Lehrerbildung und Besoldungsgerechtigkeit**

Die Schule der Zukunft benötigt keine „Zweiklassengesellschaft“ im Lehrerberuf, sondern eine gemeinsame Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern mit einer Spezialisierung für unterschiedliche Schulstufen, für die Primarstufe und die Sekundarstufen. Die gezielte Fort- und Weiterbildung muss aufgewertet werden, dafür sind Fonds zur Verfügung zu stellen. Die Lehramtsstudiengänge müssen an die Schulwirklichkeit angepasst werden, was dann auch in eine einheitlichere Besoldung mündet. Das Land muss endlich seine dienstrechtlichen Spielräume nutzen!

Unser Ziel: Die echte Gemeinschaftsschule

Die schulstrukturelle Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft – Individualisierung des Lernens, gerechtere Verteilung von Bildungschancen, nachhaltige Förderung statt Auslese, Auffangen des absehbaren weiteren Rückgangs der Schülerzahlen – ist die wohnortnahe Gemeinschaftsschule, in die alle Schüler von Klassenstufe 1 bis Klassenstufe 10 gehen. Die Idee der Gemeinschaftsschule knüpft an das pädagogische Konzept der integrierten Gesamtschule an. Im Saarland kann damit fortgesetzt werden, was in den Gesamtschulen im letzten Vierteljahrhundert geschaffen wurde.

Für die Schulstandorte bedeutet das schon heute: rückläufige Schülerzahlen dürfen nicht automatisch zu weiteren Schulschließungen führen. Bei einer weiteren Konzentration würden immer weniger Kommunen Bildungsangebote machen können. Die Schulwege würden für Kinder zwangsläufig immer länger und für Eltern immer kostspieliger. Die Entfernung zum Schulstandort darf jedoch nicht über Bildungschancen entscheiden. Deshalb muss die weitere Entwicklung vor allem als Chance begriffen werden, möglichst günstige Rahmenbedingungen für eine Verbesserung der Qualität von Bildung und Betreuung zu schaffen.

Eine sorgfältige, standortbezogene Schulentwicklungsplanung, die sich in erster Linie der Verbesserung des Lernens verpflichtet weiß, ist dazu unabdingbar. Diese Planung muss nachhaltig sein und darf nicht am Ende einer Legislaturperiode Halt machen; sie muss im Rahmen eines Bildungsbündnisses erfolgen, das zwischen dem Land, den kommunalen Schulträgern, Schülern und Eltern, Lehrern und anderen Multiplikatoren geschlossen wird.

- **Möglichst bald mit dem Aufbau der Gemeinschaftsschulen beginnen**

Wir gehen realistischer Weise davon aus, dass es für eine Übergangszeit in der Sekundarstufe I eine Aufteilung der Schülerinnen und Schüler auf zwei Schulformen („Wege“) geben kann: auf die Gemeinschaftsschule einerseits, in der Erweiterte Realschulen und Gesamtschulen zusammenkommen und auf die Gymnasien andererseits. Auf beiden Wegen soll es möglich sein, alle allgemein bildenden Schulabschlüsse innerhalb von 12 oder 13 Jahren zu erreichen.

Mit der Vorbereitung der Gemeinschaftsschule kann sofort begonnen werden, so dass erste Schulen bereits zum Schuljahr 2011/12 ihre Arbeit aufnehmen können.

• **Längeres gemeinsames Lernen**

Gemeinsames Lernen in der Gemeinschaftsschule ist Europa- und weltweit üblich. Deutschland und Österreich sind die einzigen Länder in Europa, die ihre Schüler bereits nach vier Jahren Grundschule auf mehrere Schulformen verteilen und damit Lebenswege zementieren.

Eine zu kurze gemeinsame Grundschulzeit ist mit Leistungsdruck verbunden, der die grundlegende eigenständige pädagogische Arbeit der Grundschule oft schon von Anfang an gefährdet. Nach der sechsten Klasse können Kinder schon sehr viel besser über ihren schulischen Bildungsweg mitentscheiden und das soziale Lernen kommt nicht mehr zu kurz. Das ist ein wichtiger Schritt zur echten Gemeinschaftsschule.

Berlin und Brandenburg haben die sechsjährige Grundschule. In Nordrhein-Westfalen findet künftig in den Klassen 5 und 6 für alle Schülerinnen und Schüler der neuen Gemeinschaftsschule gemeinsamer Unterricht statt. Laut repräsentativer Umfragen unterstützt mittlerweile eine große Mehrheit der deutschen Eltern (64 %) eine längere gemeinsame Schulzeit von 6 oder mehr Jahren. Das zeigt deutlich, dass die Akzeptanz für unser Modell einer sechsjährigen Primarstufe groß ist und steigt. Selbst Ministerpräsident Müller bezeichnet diese Lösung nach dem Hamburger Modell als „tragbaren Kompromiss“. Deshalb sollte auch das Saarland Flagge zeigen. In der 5. und 6. Klasse der sechsjährigen Primarstufe sollen den Schülerinnen und Schülern die Kompetenzen vermittelt werden, die derzeit in den beiden ersten Klassen der weiterführenden Schulen angeboten werden.

Konsequenz: Streichung der Schulformen aus der Verfassung.

Soweit und sobald es im Interesse der Neustrukturierung und nachhaltigen Verbesserung des Schulwesens notwendig ist, die Verfassung des Saarlandes zu ändern, werden wir dem zustimmen. Die vernünftigste Lösung des Verfassungsproblems, das es in dieser Form nur im Saarland gibt, besteht in der Streichung aller Schulformen aus der Verfassung. Nur so ist es möglich, Schule in einer sich stetig wandelnden Gesellschaft zukunftsgerecht zu gestalten. Es ist falsch, die Dauer von Bildungsgängen festzuschreiben – sei es in der Verfassung oder in Zusatzklärungen. Mit dem verfassungsrechtlichen Ausschluss einer sechsjährigen Primarstufe widerspricht Peter Müller seiner eigenen Aussage zum Hamburger Modell! Wir können keiner Änderung der Verfassung zustimmen, welche Wege zu längerem gemeinsamem Lernen über das 5. Schuljahr hinaus endgültig verbaut und Schulen erster und zweiter Klasse zulässt. Es ist für uns vielmehr selbstverständlich, dass die Gleichbehandlung der Schulformen im Rahmen ihrer Aufgabenstellung materiell gewährleistet sein muss.

Wenn wir einen wirklichen Schulfrieden im Sinne unserer Kinder erreichen wollen, müssen alle Beteiligten zusammenrücken – auch im Parlament. Diesen Weg muss eine Landesregierung bereiten ...

Nötig ist eine Besinnung auf die Grundlagen des finnischen Erfolgs:

- die besondere Achtung für die Schule,
- für die Lehrerinnen und Lehrer,
- die hohe Bewertung des Lernens,
- der Grundsatz, dass kein Kind verloren gehen soll...

Wir laden Sie ein in die „**Zukunftswerkstatt Bildung**“. Machen Sie mit. Sagen Sie uns, wie Schule besser gemacht werden kann! Diskutieren Sie mit uns unter www.zukunftswerkstatt-bildung.de.

Saarbrücken, im Juni 2010

Herausgegeben von Barbara Spaniol (MdL, bildungspolitische Sprecherin, stv. Fraktionsvorsitzende)